

**KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2009
DER KREFELDER FDP:**

ALLES PRÜFEN. DAS GUTE BEHALTEN!

**KOMMUNALE FINANZEN ZÜGIGER
SANIEREN**

+

**DEN HEIMISCHEN MITTELSTAND
EFFEKTIVER FÖRDERN**

=

**MEHR GELD FÜR UNSERE
KINDERGÄRTEN UND SCHULEN.**

Inhaltsverzeichnis

- I. Statt eines Vorwortes: Zwischenbilanz 2004-2009
Seiten 4 - 6
- II. Transparenz schafft Vertrauen – Vertrauen
ist die Voraussetzung für Bürgerengagement
Seiten 7 - 9
- III. Finanzen – Besser ohne Abendessen zu Bett gehen,
als mit Schulden aufstehen
Seiten 10 - 14
- IV. Wirtschaftsförderung ist Chef-Sache
Seiten 15 - 17
- V. Proaktive Bildungspolitik als Schwerpunkt der
Kommunalpolitik in den Jahren 2009 ff.
Seite 18 - 21
- VI. Kultur ist neben der Bildung der wichtigste weiche
Standortfaktor unserer Stadt
Seiten 22 - 23
- VII. Der Stadtplanung und Stadtentwicklung
einschließlich der Verkehrsplanung muss eine
umfassende Grundlage gegeben werden.
Seiten 24 - 25
- VIII. Ohne eine Revitalisierung der City wird die
Krefelder Stadtentwicklung insgesamt Schiffbruch
erleiden.
Seite 26 - 27
- IX. Ohne eine aktive Regionalpolitik verliert Krefeld
weiter als Oberzentrum in der Region und im Land
Seite 28
- X. Krefeld braucht eine konsequente Umsetzung des
KR-Marketing-Konzepts 2015, insbesondere seiner
zentralen Botschaften
Seite 29
- XI. Kommunale Integrationspolitik ist vor allem proaktive
Bildungspolitik im Bereich Ausländer, Zuwanderer
und Deutscher mit Migrationshintergrund
Seiten 30 – 31

- XII. Kommunale Umweltpolitik muss den Menschen dienen und darf sich nicht aktionistischen Symbolhandlungen erschöpfen
Seiten 32 - 33
- XIII. Kommunalpolitik für Ältere ist zukunftsorientiert
Seite 34
- XIV. Kommunale Sicherheit gewährleisten ist liberal
Seite 35
- XV. Das Engagement für den Schul- und Breitensport steht im Vordergrund
Seite 36
- XVI. Kommunale Wirtschaftsförderung und Bildungspolitik sind die beste Basis für eine erfolgreiche Sozialpolitik sowie Kinder- und Jugendhilfe in unserer Stadt
Seite 37 - 38

I.

Statt eines Vorwortes: Zwischenbilanz 2004 – 2009

Im Jahre 2004 übernahmen die Liberalen – das erste Mal seit 20 Jahren – wieder die Verantwortung als Mehrheitsfraktion. 20 Jahre absoluter CDU-Mehrheit unterbrochen durch ein rot-grünes Intermezzo 1989-1994 endeten.

Vieles wurde in Krefeld seit 2004 auf Betreiben der FDP bzw. unter wesentlicher Mitwirkung der Liberalen erreicht oder in die Wege geleitet. Wir treten bei der Kommunalwahl 2009 mit dem Ziel an, Begonnenes fortzuführen und abzuschließen sowie, aufbauend auf dem bereits Erreichten, neue Aufgaben anzugehen.

Die FDP hat durchgesetzt, dass die RWE-Aktien, die sich im Eigentum der Stadt Krefeld befanden, veräußert wurden. Ein Großteil des Erlöses von 62,4 Millionen Euro wurde zur Schuldentilgung (52,4 Millionen Euro) durch Darlehensrückzahlungen in 2007 und 2008, der Rest wird zwischen 2007 und 2010 zur Instandsetzung der Schulen (10 Millionen Euro) eingesetzt. Die Summe der eingesparten bzw. vermiedenen Zinsen lag über der alternativ erzielten Netto-Dividende der veräußerten Aktien. In allen Krefelder Grundschulen wurde der offene Ganztags, am Fichte Gymnasium und im Schulzentrum Horkesgath wurde der gebundene Ganztags eingeführt, an anderen weiterführenden Schulen die Über-Mittag-Betreuung.

Unter wesentlicher Mitwirkung der Liberalen wurde das Klinikum, das kurz vor der Insolvenz stand, veräußert. Die Helios-Kliniken investieren in großem Umfang in das Klinikum und stehen kurz davor, in Krefeld wieder „schwarze Zahlen“ zu schreiben. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien hat sich die FDP von Anfang der Ratsperiode an für eine Mehrheitsprivatisierung eingesetzt. Nachdem 2005 allein ein Defizit in den Städtischen Krankenhäusern (Krefeld und Hüls) von 16 Millionen Euro erwirtschaftet wurde, standen eingreifende Maßnahmen ins Haus (Reduzierung der Bettenzahl auf 800, nur noch fünf oder sechs Kliniken für die Maximalversorgung, Rest nur noch Grundversorgung, Verkauf der Pathologie, Kinderklinik unter neuer Trägerschaft, Schließung oder Verkauf des Hauses in Hüls). Erst 2006 entschloss sich der Oberbürgermeister zu handeln. 2007 kauften die Helios-Kliniken die Städtischen Krankenhäuser für 15 Millionen Euro und übernahmen die Schulden. Inzwischen haben sich die Patientenzahlen erhöht (43.846 = 7,25 % Steigerung in Krefeld und sogar 17 % in Hüls), die Bettenzahl liegt bei 1000, innerhalb eines Jahres wurden technische Geräte für rund 10 Millionen Euro angeschafft. Die Bilanz lautet: Privat geht's besser.

Die FDP hat erreicht, dass der Zoo von einem städtischen Eigenbetrieb in eine gemeinnützige GmbH mit den Zoofreunden als

Minderheitsgesellschafter umgewandelt wurde. Die Besucherzahlen sind gestiegen und mehrere Neubauvorhaben konnten in den letzten Jahren fertig gestellt werden bzw. werden in Kürze in Angriff genommen. Der Zoo „schreibt schwarze Zahlen.“ Der städtische Betriebskostenzuschuss ist mit rund 1,8 Millionen Euro pro anno stabil und liegt deutlich unter dem mit über 2 Mio. Euro pro anno prognostizierten Bedarf. Die Bilanz: Privat geht's besser.

Der chronisch defizitäre Krefelder Hafen wurde in eine Partnerschaft mit den Häfen Neuss/Düsseldorf überführt, an denen (über die privatisierten Stadtwerke Düsseldorf) EnBW beteiligt ist. In absehbarer Zeit werden „schwarze Zahlen geschrieben“. Die Bilanz ist: Privat geht's besser.

Die Liberalen haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass am Theaterplatz der Neubau einer Mediothek errichtet wurde. Die Mediothek wurde am 27.08.2008 eröffnet. Sie ist eine der modernsten Bibliotheken in Deutschland und wurde von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Die Anzahl der Ausleihen ist stark angestiegen. Die FDP-Ratsfraktion hat dafür gesorgt, dass der Anschaffungsetat erhöht wurde.

Die Ostwallneugestaltung wurde unter wesentlicher Mitwirkung der Liberalen in Angriff genommen. Wesentliche Teile des umgestalteten Ostwalls sind fertig gestellt. Der Umsteigepunkt Ostwall/Rheinstraße mit einer neuen Überdachung befindet sich in der Planungsphase und wird circa 2011 fertig gestellt sein. 2013/2014 soll der Umbau des Bahnhofsvorplatzes entsprechend den Planungen der FDP erfolgen. Der Individualverkehr wird sich nicht mehr auf dem Bahnhofsvorplatz kreuzen und Fußgänger werden vom Bahnhof direkt auf den Ostwall geführt.

Unter wesentlicher Mitwirkung der FDP wurde beschlossen, dass die östliche Rheinstraße 2010 mit Fahrradwegen und Baumanpflanzungen neu gestaltet und dem westlichen Teil der Rheinstraße angeglichen wird.

Das Behnisch-Haus wurde mit Unterstützung der Liberalen aktiviert und ist heute ein Gastronomiemittelpunkt. Der Stadtmarkt rund um das Behnisch-Gebäude bringt Leben in die Innenstadt.

Der neu gestaltete Willy-Göldenbachs-Platz bringt „Grün“ in die Innenstadt und lädt zum Verweilen ein. Auch das Parken in der Innenstadt am Willy-Göldenbachs-Platz ist dank des Einsatzes der FDP auf einem Drittel der Parkplätze nach wie vor möglich.

Das Gebäude der früheren Werkkunstschule wurde an einen Investor veräußert. Die schutzwürdige Fassade des Gebäudes an der Neue-Linner-Straße wurde auf Betreiben der Liberalen unter Denkmalschutz gestellt.

Im Bereich von Politik und Verwaltung setzte sich die FDP erfolgreich für eine „Verschlankung“ ein: Ratsausschüsse wurden zusammengelegt bzw.

fielen weg. An der Spitze der Verwaltung wurden zwei (!) Dezernate aufgelöst und deren Zuständigkeiten auf andere aufgeteilt.

Last not least: Für 2009 konnte das erste Mal nach Jahren wieder ein ausgeglichener Haushaltsplan vorgelegt werden. Ein großer Erfolg der FDP nach Jahren nicht genehmigungsfähiger, weil unausgeglichener Haushalte unter absoluter CDU-Mehrheit.

Transparenz schafft Vertrauen.
Vertrauen ist die Voraussetzung für Bürgerengagement!

1. Die FDP sagt den Bürgern:

Das Ehrenamt wird GROß geschrieben.
Ehrenamt ist PFLICHT-Aufgabe.

Über das Freiwilligenzentrum (Westwall 97 in Krefeld) stellen sich bereits heute viele Bürger ihre Dienste für gemeinnützige Zwecke in der Stadt zur Verfügung. Dieses Engagement ist noch ausbaufähig. Die Kooperation der Stadt mit dem Freiwilligenzentrum muss und kann im Interesse der städtischen Einrichtungen und Dienstleistungen intensiviert werden.

2. Die FDP sagt den Bürgern:

Es ist IHRE Stadt, nicht die Stadt von Politik und Verwaltung.

Den Bürgern muss die Stadt zurückgegeben werden. Die Kommunalpolitik in Krefeld darf nicht zur „Zuschauerdemokratie“ verkommen. Die Bürger müssen dafür gewonnen werden, als Mitgesellschafter städtischer Gesellschaften in die wirtschaftliche Mitverantwortung zu gehen. Dies ist – erfolgreich – beim Zoo geschehen. Dies kann und muss beim Museum und beim Theater möglich sein (siehe dazu unter IV.)

Ohne ein stärkeres Vertrauen der Bürger in Politik und Verwaltung, wird dies aber nicht möglich sein. Dazu müssen die Vorgänge in Politik und Verwaltung transparenter gestaltet werden.

3. Zur Transparenz gehört, dass den Bürgern gesagt wird, „wohin“ die Politik in Krefeld in den nächsten Jahren will. Es müssen Schwerpunkte und Prioritäten erkennbar sein, auch der Mut, zu einzelnen Wünschen und Begehren „Nein“ zu sagen.

Schwerpunkte der politischen Arbeit der FDP in den nächsten Jahren sind:

- die kommunalen Finanzen sanieren (um weniger Schuldenzinsen zu zahlen)
- Wirtschaft fördern (um mehr kommunale Einnahmen zu erzielen und weniger Sozialtransfers leisten zu müssen) und
- dadurch in Bildung (Schulen und Kindergärten) sowie in wirtschaftsrelevante Infrastruktur investieren zu können.

4. Mehr Transparenz in der Stadtplanung und Stadtentwicklung bedeutet

- Stärkung der Rechte von (weniger) Bezirksvertretungen vor allem in der Stadtplanung: die Beratung der Bauleitpläne (Bebauungspläne, Flächennutzungsplan) muss auf der Ebene der Stadtbezirke beginnen, bevor Beschlussfassungen im Ausschuss für Stadtplanung und Stadtsanierung, im Hauptausschuss und im Stadtrat erfolgen.
 - Frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Baugesetzbuch in der Form, dass den Bürgern alternative Planungen vorgestellt werden (der Bürger muss eine Auswahl haben).
 - Unterrichtung der Bürger auch in den Stadtbezirken gemäß § 23 Gemeindeordnung über wichtige Planungen und Vorhaben der Stadt im Stadtbezirk (Einwohnerversammlungen auch in den Stadtbezirken)
 - Regelmäßige Einwohnerfragestunde des Rates, mindestens zwei mal im Jahr
5. Für mehr Transparenz sorgen aber auch weniger Stadtbezirke (nicht weniger Bezirksverwaltungsstellen) und vor allem Stadtbezirksgrenzen, die auf die Siedlungsstruktur, die Bevölkerungsverteilung und die Ziele der Stadtentwicklung Rücksicht nehmen und eine enge örtliche Gemeinschaft umfassen. Insbesondere darf der Kernbereich des Stadtgebietes nicht auf mehrere Stadtbezirke aufgeteilt werden (§ 35 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen).

Wie in anderen Städten, z. B. in Mönchengladbach, kann auch in Krefeld die Zahl der Stadtbezirke zurückgeführt werden. Statt neun Bezirksvertretungen sechs, z. B.:

- Innenstadt
- Uerdingen mit Gellep-Stratum und Linn
- Hüls und Nord
- Fischeln und Süd (einschließlich der Donksiedlung und süd-östl. Teile Oppums)
- West
- Ost (südliche Grenze: Bahnlinie, östliche Grenze: A 57)

Dabei muss die Innenstadt als Stadtbezirk das gesamte Gebiet innerhalb der Ringe umfassen. Die Teile Uerdingens, die bei der letzten Änderung der Bezirksvertretungsgrenzen dem Stadtgebiet Ost zugeschlagen wurden, müssen wieder zum Stadtbezirk Uerdingen gehören.

6. Mehr Transparenz wird auch dadurch geschaffen, dass die Zahl städtischer Beteiligungen und die Wahrnehmung kommunaler

Daseinsvorsorge in Formen des Privatrechts auf den Prüfstand gestellt werden. Nur wo zumindest auch „privat drin“ ist, darf „privat drauf stehen“. Private Beteiligungen an der Wohnstätte und den Städtischen Werken sind sinnvoll und würden die gewählte Unternehmensform des privaten Rechts rechtfertigen. Die städtischen Krankenhäuser, der Hafen und der Zoo haben durch private Mitgesellschafter nicht nur neues Kapital, sondern vor allem ein besseres Management mit größerer Effizienz, mehr Kostenbewusstsein und mehr Kundenbähe erhalten. Mit Privaten geht's besser! Die Kontrolle der städtischen Beteiligungen muss durch den Stadtrat gewährleistet sein, z. B. durch einen Ratsausschuss für kommunale Beteiligungen, wobei diese Funktion auch vom Hauptausschuss übernommen werden kann, der auch die Funktion des Finanzausschusses hat.

7. Für mehr Transparenz städtischer Beteiligungen sorgt, dass die Prüfungen der Gesellschaften nicht Jahre, manchmal Jahrzehnte lang, durch die selben Wirtschaftsprüfer erfolgen, sondern ein regelmäßiger Wechsel erfolgt, der auch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die nicht in Krefeld ihren Sitz haben, berücksichtigt.

Finanzen – Besser ohne Abendessen zu Bett gehen, als mit Schulden aufstehen (altes deutsches Sprichwort)

1. Krefeld kann pro Jahr 23, 24 Mio. Euro sparen, wenn die Vorschläge der Gemeindeprüfungsanstalt aufgrund der Teilprüfung der Stadtverwaltung umgesetzt würden (Potenzial je Einwohner: 98 Euro pro Jahr).

Angesichts der zu erwartenden geringeren Steuereinnahmen in 2009 ff. müssen die Vorschläge von der Gemeindeprüfungsanstalt von Politik und Verwaltung in den kommenden Haushaltsberatungen und in der weitergehenden Finanzplanung aufgegriffen und umgesetzt werden. Wegen der in Krefeld überproportional vertretenen Exportindustrie, etwa der Chemiebranche, muss sich die Stadt auf einen erheblichen Einbruch bei den Gewerbesteuerereinnahmen gefasst machen. Das RWI-Institut befürchtet sogar, dass in Kürze das Gewerbesteueraufkommen in Krefeld, das sich nach den Feststellungen noch 2008 auf deutlich über 100 Mio. Euro belief, auf Null sinkt, und dass infolge dessen ein Haushaltsdefizit in 2010 auf jeden Fall unvermeidbar ist. Angesichts dessen fordert die FDP nachdrücklich, dass die aufgezeigten Optimierungspotenziale genutzt werden, um die Ausfällen jedenfalls teilweise zu kompensieren.

Exkurs:

Optimierungspotenziale sind
Potenziale aus den Fachprüfungen bzw. Teilberichten

Fachgebiete/Teilberichte	Potenzial in Euro (gerundet)	Potenzial in Euro je Einwohner
Teilbericht Finanzen	3.744.000	15,79
Teilbericht Innere Verwaltung	341.000	1,44
Teilbericht Jugend	4.968.000	20,95
Teilbericht Soziales	1.767.000	7,45
Teilbericht Gebäudewirtschaft	10.195.000	43,00
Teilbericht Infrastruktur Park- und Gartenanlagen	1.562.000	6,59
Teilbericht Gesundheitsdienst	441.000	1,86
Teilbericht Kultur- und Erwachsenenbildung	218.000	0,92
Gesamtpotenzial:	23.236.000	98,00

2. Am Ziel der Rückführung der konsumtiven Schulden auf Null bis 2014 muss festgehalten werden - entsprechend dem von der FDP erwirkten Beschluss des Stadtrates vom 23. Juni 2009. Als „Mittel“ zum Abbau bereits bestehender Schulden vereinbarten die Stadtratsfraktionen von

FDP und CDU in ihrer Koalitionsabsprache vom 15. Oktober 2004 u. a. die Teilprivatisierung

- der Stadtwerke Krefeld
- der Wohnstätte Krefeld (vorzugsweise möglich in der Form der Veräußerung von Wohnungen an Mieter)

und die Vollprivatisierung

- von bebauten und unbebauten städtischen Grundstücken (z. B. Mietwohnungen und –häusern, gewerblich genutzten Immobilien, insbesondere Gaststätten)

Exkurs:

Gemäß der Bilanz zum 31.12.2008 lasten auf dem städtischen Haushalt Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt

531.394.645,46 Euro,

und zwar

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	201.742.215,05
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	289.582.205,57
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	2.426.029,73
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	714.357,14
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	7.800.156,47
Sonstige Verbindlichkeiten	29.629.681,50

Dabei ist von großer Bedeutung, dass die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung in 2008 um 6 Millionen Euro gestiegen sind, während die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen um 14,6 Millionen Euro gesunken sind. Mit anderen Worten: Statt zu investieren und für die Kredite wenigstens im städtischen Vermögen Werte zu schaffen, braucht die Stadt die Kredite, um liquide zu bleiben. Eine Fehlentwicklung, die alarmieren muss!

3. Die Instandhaltungsrückstellungen müssen bedeutend erhöht werden.

Bei den Instandhaltungsrückstellungen sind nur die Rest-Beträge aufgeführt (13,64 Mio. Euro), die aus dem sogenannten 20-Millionen-Euro Programm für die Instandsetzung Krefelder Schulen bis zum 31.12.2008 nicht verauslagt wurden. Wie die Beratung über das Konjunkturprogramm II, aber auch z. B. die Information der Verwaltung über den Sanierungsbedarf des Stadthauses gezeigt haben,

ist der Instandhaltungsrückstau wesentlich höher und muss auch im Aufwand wesentlich höher in Ansatz gebracht werden, als bislang geplant wurde.

4. Angesichts der Tatsache, dass ausweislich der im Entwurf vorgelegten Eröffnungsbilanz der „Reichtum“ der Stadt in ihren Sachanlagen und dabei insbesondere in ihren Immobilien liegt, aber auch angesichts der Tatsache, dass sich dieser Immobilienbesitz in einem zum Teil verheerenden Zustand befindet, ist es unbedingt erforderlich, das Gebäudemanagement der Stadt zu verbessern und auch als Instrument für die Haushaltskonsolidierung und Haushaltssanierung zu verstehen.
 - Der Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 24. Januar 2008, dass die Verwaltung beauftragt wird, die notwendigen Schritte und Maßnahmen zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Gutachten für ein zentrales Gebäudemanagement vorzubereiten, damit dieses den Betrieb aufnehmen kann, muss endlich umgesetzt werden. Die schleppende Umsetzung des Ratsbeschlusses, ab 2007 jeweils 5 Mio. Euro jährlich in die Schulsanierung zu investieren, ist kein Argument für das praktizierte dezentrale Gebäudemanagement, sondern für das beschlossene, aber nicht umgesetzte, zentrale Gebäudemanagement.
 - Die wichtigste Aufgabe des zentralen Gebäudemanagements wird es sein, die städtischen Gebäude energetisch zu bewerten, und ein Energiekataster zu erstellen, um ein möglichst umfassendes Bild über die energetischen Eigenschaften der städtischen Gebäude zu erlangen (Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 16.04.2008). Hierzu „passt“, dass landesweit in Kindergärten und Schulen in den kommenden Jahren weniger Energie für das Heizen verbraucht werden soll. Bund und Land stellen dafür jeweils 43 Mio. Euro zur Verfügung. Diese Zuschüssen sollen 2/3 der Sanierungskosten decken, für den Rest müssen die Kommunen aufkommen. Das Geld soll für Wärmedämmung, Dachsanierung, Fensteraustausch, aber auch z. B. neue Heizungsanlagen verwandt werden. Durch das Konjunkturprogramm II erfolgt eine weitere steuerfinanzierte Förderung energetischer Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten und Weiterbildungseinrichtungen.
 - Eine weitere Hauptaufgabe des zentralen Gebäudemanagements wird es sein, dafür Sorge zu tragen, dass die Miet- und Nebenkostenausfälle der Stadt auf Null zurückgeführt werden, weil es immer noch nicht abgerechnete oder erst gar nicht vereinbarte Mieten bzw. Nebenkosten gibt. Die Thematik ist in den letzten Jahren ständiger Tagesordnungspunkt des Rechnungsprüfungsausschusses gewesen.
 - Ebenso wichtige Aufgabe des zentralen Gebäudemanagements wird es sein, dass sich die Stadt von allen Gebäuden trennt, die sie nicht zum Zwecke der kommunalen Daseinsvorsorge vorhalten muss, das heißt alle Wohnungen und alle gewerblich genutzten Immobilien,

insbesondere die verbliebenen Gaststätten. Die Erlöse sollten zur Haushaltssanierung wie auch zur Instandhaltung der städtischen Gebäude eingesetzt werden, die für die kommunale Daseinsvorsorge unabkömmlich sind.

- Schließlich wird es eine wichtige Aufgabe des zentralen Gebäudemanagements sein, die Hochbauverwaltung zu professionalisieren, damit es nicht immer wieder zu „unvermuteten“ Kostenexplosionen bei städtischen Bauvorhaben kommt, wie z. B. in den vergangenen Jahren beim Kaiser-Wilhelm-Museum und beim Stadttheater. Beim Kaiser-Wilhelm-Museum schnellten die Kosten von 4,5 bis 5 Mio. Euro gemäß Ausschreibung im Amtsblatt auf 13,5 Mio. Euro gemäß Beschlussfassung des Stadtrates am 29. April 2009 hoch, wobei in Bezug auf die technischen Gewerke keine Kostenberechnung, sondern lediglich eine Kostenschätzung vorliegt! Die Sanierung des Krefelder Theaters wurde mit 7,5 Mio. Euro veranschlagt. Ende 2008 musste dieser Betrag um 1,3 Mio. Euro aufgestockt werden. Im Frühjahr 2009 wurde ein Bedarf von weiteren ca. 400.000 Euro verwaltungsseitig „angemeldet“. Weitere Negativ-Beispiele der städtischen Hochbauverwaltung sind das Stadthaus (geschätzter Instandsetzungsaufwand: 11 Mio. Euro) und das alte Stadtbad Neusser Straße (das zum Verkauf gestellt ist, aber dem Verfall preis gegeben wird.)
5. Eine Personalkostenoptimierung (weniger, besser qualifiziertes und besser bezahltes Personal) ist in Krefeld unumgänglich.
 6. Nicht nur bei der Kernstadtverwaltung, sondern auch bei den städtischen Beteiligungen besteht Optimierungsbedarf. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, die noch persönlich haftender Gesellschafter der Grundstücksgesellschaft der Stadt Krefeld GmbH & Co. KG ist, und die Seidenweberhaus GmbH als Betreiber des KönigPalastes belasten den städtischen Haushalt mit ihren Verlusten anhaltend. Die vorliegenden Planungen lassen für die kommenden Jahre keine nachhaltige Entspannung erwarten. Bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft beläuft sich der Verlustvortrag auf 2009 auf rund 1 Million Euro, bei der Grundstücksgesellschaft auf 4,5 Millionen Euro. Die Seidenweberhaus GmbH weist einen Jahresfehlbetrag allein für 2008 in Höhe von sage und schreibe 3,38 Millionen Euro auf, von denen auf den Königpalast, die „dritte Eissporthalle“, 2,84 Millionen Euro entfallen, und zwar mit steigender Tendenz. Diese Verluste des von CDU und SPD in der Ratsperiode 1999 bis 2004 beschlossenen KönigPalastes sind damit höher, als ohnehin befürchtet werden musste. Sie liegen erheblich über den vorausgesagten 500 Tausend Euro Verlust pro Jahr.
 7. Um den Bürgern die Verschuldung ihrer Stadt plastisch vor Augen zu führen, ist am Rathaus am Von-der-Leyen-Platz eine Schuldenuhr

anzubringen, durch die die Bürger über den Schuldenstand Krefelds einschließlich der Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe und des aktuellen Haushaltes laufend informiert werden. Weder die Politik noch die Verwaltung noch die Bürgerschaft dürfen die Augen davor verschließen, dass die Verschuldung unserer Stadt eine Erblast ist, die die jüngeren Generationen wie auch die nachwachsenden entscheidend in ihren kommunalen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten einschränken wird. In 2007 beliefen sich die Zinsen für Kassen- (=Überziehungs)kredite auf 12,3 Millionen Euro, für (sonstige) Zinsen auf 10,5 Millionen Euro und für ordentliche Tilgung auf 14,2 Millionen Euro, insgesamt 37,7 Millionen Euro Zinsen und Tilgung (2006: 35,2 Millionen Euro; 2005: 31,7 Millionen Euro). Der Schuldenstand je Einwohner (einschließlich Eigenbetriebe und Kassenkredite/Stand 2007) belief sich in Krefeld auf 2.923 Euro, in Düsseldorf auf 430 Euro. Die ordentlichen städtischen Aufwendungen je Einwohner belaufen sich in Krefeld auf 2.552 Euro, in Düsseldorf auf 4.190 Euro, jeweils in 2009. Eine hohe Schuldenlast reduziert automatisch die städtischen Möglichkeiten, Aufwendung für ihre Bürger zu finanzieren. Städtische Schulden reduzieren die städtische Lebensqualität. Ein Beispiel dafür ist, dass die Stadt Düsseldorf gänzlich auf Kindergartenbeiträge für die Eltern verzichten kann, während Krefeld aus eigenen Mitteln noch nicht einmal in der Lage ist, ein Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen.

Wirtschaftsförderung ist Chef-Sache

1. Krefeld wird auf Antrag der FDP und Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 18. Juni 2009 (ohne Stimmen der CDU!) Mitglied in der „Gütegemeinschaft mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung e.V.“, um zu einer mittelstandsfreundlichen Orientierung der Verwaltung zu kommen. Mittelstandsfreundliche Verwaltung heißt unter anderem:
 - Eine unternehmensfreundliche Politik auf Augenhöhe mit dem Fokus Mittelstand
 - Branchenmix mittelständischer Unternehmen als Zielsetzung kommunaler Wirtschaftsförderung
 - Gemeinsame Behördentermine bei Anliegen mittelständischer Unternehmen
 - Klare Anforderungen bei Anträgen von Unternehmen, die beispielsweise einen Bauantrag gestellt haben. Nach einem Arbeitstag: Rückruf, nach sieben Arbeitstagen: erste Informationen zum Verfahren und Benennung von Ansprechpartnern, nach 40 Arbeitstagen: Entscheidung über gewerbliche Bauvorhaben.
 - Zügige Bezahlung von Auftragsrechnungen, d. h. innerhalb von 15 Arbeitstagen nach Eingang der Rechnung eines kleinen oder mittleren Unternehmens Abgang des Betrages vom Konto der Stadt.
2. Die mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung und die Wirtschaftsförderung als Servicecenter Wirtschaft und One-Step-Agency sind die zwei Seiten einer Medaille. Mit anderen Worten: Ohne eine Mittelstandsorientierung der Kommunalverwaltung laufen alle Bemühungen des Servicecenters Wirtschaft ins Leere. Deshalb muss der Oberbürgermeister als Chef der Stadtverwaltung und zumindest Vorsitzender des Aufsichtsrates der Wirtschaftsförderungsgesellschaft die Wirtschaftsförderung einerseits und andererseits die Mittelstandsorientierung der Kommunalverwaltung zur seiner Sache machen.
3. Einer aktiven Grundstückspolitik in der Innenstadt ist die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft dienlich. Für die Innenstadt muss zur Verwirklichung des Konzeptes „Stadtumbau West“ deshalb eine Entwicklungsgesellschaft gegründet werden, an der die Stadt, die Stadtwerke, die Wohnstätte, aber auch die Finanzinstitute einschließlich Sparkasse und Volksbank beteiligt sind.
4. Die Vermarktung von Krefeld als Wirtschaftsstandort kann nicht vom Stadtmarketing getrennt werden und muss deshalb aus einer Hand erfolgen, am besten durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft.
5. Von den Krefelder Industrie- und Gewerbegebieten bietet der Hafen die größten Entwicklungschancen. Dazu gehört eine optimale

Verkehrerschließung des Wirtschaftsstandortes Hafen, und zwar trimodal über den Rhein, die Straßen, aber auch die Schiene. Die Option einer Südanbindung des Hafens darf deshalb nicht aufgegeben werden. Beim Ausbau der B 288 müssen genügend der Anschlussstellen für den Hafen bleiben.

6. Die Überlegungen und Planungen für ein interkommunales Gewerbegebiet an der A 44 sind voranzutreiben (entsprechend dem Vorschlag der IHK Mittlerer Niederrhein „Interkommunales Gewerbegebiet Krefeld-Meerbusch“ in der Rechtsform einer GmbH)
7. Krefeld ist ein wichtiger Industriestandort in der Region und im Land. Dazu gehört ein klares Bekenntnis von Politik und Verwaltung zu Krefeld als Industriestandort im Interesse der ansässigen Unternehmen und der dort Beschäftigten. Die quälenden Diskussionen im Stadtrat über den Bau eines Kohlekraftwerks am Rhein, unter anderem zur Versorgung der im ChemPark ansässigen Unternehmen, sind auch auf die Orientierungslosigkeit von Politik und Verwaltung in Bezug auf den Industriestandort Krefeld zurückzuführen. Die FDP gibt ein klares Bekenntnis zu Krefeld als Industriestandort und damit auch zur Erhaltung und Schaffung industrieller Arbeitsplätze in Krefeld ab. Dazu gehören u. a. optimale Verkehrsanbindungen und eine optimale Energieversorgung in Krefeld ansässiger Industrieunternehmen. Auch deshalb hat sich die FDP als einzige Partei im Krefelder Stadtrat von Anfang an dafür eingesetzt, dem Vorhaben des Kohlekraftwerkes im Chemiepark in Uerdingen die reale Chance zu geben, nach dem Bundesimmissionsgesetz durch die zuständige und kompetente Bezirksregierung in Düsseldorf geprüft zu werden.
Die FDP als einzige Partei im Krefelder Stadtrat erklärt, dass kommunales Baurecht nicht dafür instrumentalisiert werden darf, ein nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz zulässiges Vorhaben zu verhindern. Die Erweiterung des Krefelder Hafens nach Norden, um den Kohleumschlag über den Rhein im Krefelder Stadtgebiet zu ermöglichen, ist eine Bringschuld der Stadt. Auf der anderen Seite ist der Kohleumschlag über den Krefelder Hafen dessen größte wirtschaftliche Chance auf absehbare Zeit.
8. Junge Unternehmen mit guten Geschäftskonzepten scheitern bei der Umsetzung häufig an dem zu geringen Eigenkapital oder den mangelnden Sicherheiten. Nur allzu oft werden tragfähige Gründungen und Erweiterungen nicht in die Realität umgesetzt, weil die Liquidität nicht beschafft werden kann.

Es muss deshalb auch eine Aufgabenstellung kommunaler Wirtschaftsförderung sein, durch Marketing privatwirtschaftliche Mikrofinanz in Krefeld und in der Region zu begleiten (ohne eigenes kommunales finanzielles Engagement). Mikrofinanz heißt: Kleine Summen als Kapital geben, die jungen Unternehmen auf ihrem Weg

konstruktiv begleiten und so zum Erfolg führen. Die Kommune hat von erfolgreichen privatwirtschaftlichen Mikrofinanz-Beteiligungen einen doppelten Nutzen:

- Reduzierung von Sozialtransfers
- neue Gewerbesteuerzahler.

9. Die FDP kritisiert nachdrücklich, dass der Oberbürgermeister, der gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist, nicht verhindert hat, dass Krefeld zu den Städten in der Region gehört, die bis Juli 2009 keinen Cent der Konjunkturlilfe II abgerufen haben (im Gegensatz z. B. zu Düsseldorf, das zu diesem Zeitpunkt bereits 60 % des Geldes ausgegeben hatte). Die Konjunkturlilfe II ist zur Finanzierung der städtischen Wirtschaftsförderung gedacht, d. h. um der heimischen Wirtschaft und insbesondere dem Handwerk kurzfristig Aufträge zu verschaffen. Damit Insolvenzen vermieden werden und damit aus Kurzarbeit nicht Arbeitslosigkeit wird. Das Ganze ist ein trauriges Beispiel für das Versagen der Stadt und ihrer Spitze auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung.

Proaktive Bildungspolitik als Schwerpunkt der Kommunalpolitik in den Jahren 2009 ff.

1. Die Beschlüsse des außerordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 8. November 2008 in Düsseldorf „Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 1“ bilden die Grundlage für die schulpolitischen Ziele, die die FDP in Krefeld erreichen will:
2. Die Offene Ganztagsgrundschule muss besser werden!

In der vergangenen Wahlperiode wurde auf Initiative der FDP an allen städtischen Grundschulen die offene Ganztagsgrundschule eingeführt. Jetzt muss dieses Angebot besser werden, nicht nur was die sächliche Ausstattung angeht, sondern auch in personeller Hinsicht.

Die Beteiligung von Trägern der freien Jugendhilfe und der freien Wohlfahrtspflege ist aus liberaler Sicht ein wichtiger Bestandteil offener Ganztagsangebote, der die Pluralität dieses Angebotes sicher stellt. Die Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe bzw. die Zugehörigkeit zu einem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege und bei Sportvereinen zu einem Spitzenverbandes des Sports sind wichtige Qualitätsgarantien und deshalb unbedingte Voraussetzungen für eine Beteiligung Dritter.

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass in den Gruppen der offenen Ganztagsgrundschule ausreichend pädagogisches Fachpersonal eingesetzt wird und alle dort Tätigen regelmäßig und qualifiziert fortgebildet werden.

Dabei kann professionelles Engagement auch ehrenamtlich sein.

3. Jeder muss sein passendes Ganztagsangebot finden können!

Die FDP hat durchgesetzt, dass an zwei Krefelder Gymnasien und an weiteren weiterführenden Schulen der gebundene Ganztagsunterricht eingeführt wird, an anderen weiterführenden Schulen die Über-Mittag-Betreuung.

Die FDP will, dass jeder Schüler in Krefeld, der es will bzw. dessen Eltern es wollen, ein Ganztagsangebot in einer Schulform seiner Wahl finden kann. Ganztagsangebote sind für die FDP nicht nur wichtige Beiträge zu einer modernen Familienpolitik, sondern sichern soziale Teilhabe und Integration. Sie dürfen keinesfalls bloße „Verwahrung“ bedeuten, sondern müssen durch pädagogische und jugendpflegerische Komponenten qualifiziert werden. Als Schulträger steht der Stadt zwar keine Entscheidungskompetenz in schulisch-pädagogischen Angelegenheiten zu, aber sie entscheidet über die sächlichen Ressourcen für die Ganztagsangebote. Hier wird die FDP ihren Kurs fortsetzen, die Schulen mit den erforderlichen Sach- und Geldmitteln ausreichend auszustatten.

Wichtig ist der FDP, dass Schüler in Krefeld gebundene Ganztagsgrundschulen aller Schulformen – Hauptschule, Realschule,

Gymnasium, Förderschulen – finden können. Die Stadt Krefeld wird als Schulträger die Initiativen für weitere gebundene Ganztagschulen unterstützen.

4. Schulische Ganztagsangebote und Jugendhilfe müssen vernetzt werden.

Ganztagschule, gleich welcher Art, lässt junge Menschen länger in der Schule bleiben. Im diesem Maße wird Schule auch zu einem Ort werden, an dem diese jungen Menschen einen zunehmenden Teil ihrer Freizeit verbringen werden. Deshalb brauchen wir dort qualifizierte Angebote der Jugendhilfe. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die Stadt in ihrer Funktion als Schulträger und Träger der Jugendhilfe diese Aufgaben systematisch miteinander vernetzt. Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung müssen im Laufe der kommenden Wahlperiode so aufeinander abgestimmt werden, dass die Stadt Krefeld über eine integrierte Entwicklungsplanung für Ganztagschulen und – angebote verfügen wird. In der Kooperation von Schule und Jugendhilfe müssen neue gemeinsame Wege gefunden werden.

5. Statt weiterer Gesamtschulen oder gar einer einheitlichen Gesamtschule, wie sie von SPD und Grünen gefordert wird, sind Schulzentren, bestehend aus Haupt-, Realschulen und Gymnasien zu fördern! Ein solches Schulzentrum könnte Horkesgath werden, wenn dort eine Hauptschule integriert würde (sogenannter Schulverband, wie er jüngst im Aachener Ostviertel gegründet wurde).
6. Die Handlungsoptionen für Schulkooperationen nach dem geltenden Schulgesetz NRW sind voll auszuschöpfen!

Exkurs:

Der organisatorische Zusammenschluss von Schulen ist in § 83 Schulgesetz geregelt. Nach Absatz 1 kann der Schulträger demgemäß zur Sicherstellung eines wohnortnahen und differenzierten Bildungsangebotes

- eine bestehende Hauptschule und eine bestehende Realschule organisatorisch zu einer Schule zusammenschließen,
- eine bestehende Hauptschule und eine bestehende Gesamtschule zu einer Aufbauschule der Sekundarstufe I zusammenschließen.

Darüber hinaus kann der Schulträger zu diesem Zweck auch eine bestehende Hauptschule oder eine bestehende Realschule um einen Zweig der jeweils anderen Schulform erweitern, wenn es in seinem Gebiet eine Schule dieser Schulform nicht gibt und der Bestand der Schule eines anderen Schulträgers dadurch nicht gefährdet wird.

Absatz 2 besagt, dass Schulen in eigenständige Zweige gegliedert sind. Der Unterricht kann dabei teilweise in gemeinsamen Lerngruppen erteilt werden, wenn die Heterogenität nicht zu Problemen führt (Sport, Kunst etc.) In den Klassen 7 bis 10 muss der nach Schulformen getrennte Unterricht deutlich überwiegen.

Nach alledem stößt der Plan des Landesschulministeriums, eine sogenannte Verbundschule (Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen) als flächendeckende Alternative zur Hauptschule auch im städtischen Bereich auf große Unterstützung der FDP in Stadt und Land. Die Verbundschule entspricht der Forderung der FDP nach einer Mittelschule. Sie würde bei Zeiten in Krefeld eingeführt mindestens drei Hauptschulen vor dem ersatzlosen Aus bewahren und die bildungspolitische Fehlentwicklung stoppen, dass immer mehr Schüler mit einer eindeutigen Hauptschulempfehlung in die drei Krefelder Gesamtschulen strömen. Die FDP erwartet deshalb von der Krefelder Schulverwaltung, dass sie sich bereits jetzt proaktiv des Zusammenschlusses der in Rede stehenden Hauptschulen mit Realschulen annimmt und dies nicht auf die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (ab 2011) verschiebt.

7. Das 20-Millionen-Euro-Sanierungsprogramm muss zügig umgesetzt werden.

Die FDP hat in der vergangenen Wahlperiode dafür gesorgt, dass 20 Mio. € für die Bauunterhaltung der städtischen Schulen in den Jahren 2007 – 2010 bereit gestellt werden. Auch in der kommenden Wahlperiode sieht es die FDP als ihre Aufgabe an, dafür zu sorgen, dass aus solcher Haushaltsplanung Realität wird. Die Beratungen über das Konjunkturprogramm II haben gezeigt, dass nicht nur für die energetische Sanierung der Schulen weitgehende Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen in den folgenden Haushalten unabweislich sind, die bislang in keiner Planung erfasst sind.

8. Deshalb ist eine kommunale Bildungsinitiative mit der Zielsetzung zu starten, dass pro Schüler 200,00 Euro zusätzlich an Haushaltsmitteln pro anno ab 2011 bis 2014 einschließlich veranschlagt werden. Dieses würde für Krefeld bedeuten, dass rund 7 Millionen Euro mehr pro anno an Haushaltsmitteln für die Schulen veranschlagt werden (Deckungsvorschlag: Verkauf von weiteren 517.305 RWE-Aktien gemäß dem von der FDP erwirkten Beschluss des Stadtrates vom 15. Mai 2007).
9. Die Landesregierung (von FDP und CDU) hat seit 2005 für landesweit an die 7000 zusätzliche Lehrerstellen gesorgt. 1000 werden im nächsten Jahr folgen. Nach Auskunft der Bezirksregierung Düsseldorf vom 29. Juni 2009 beträgt für die Schulen in Krefeld die aktuelle

Personalausstattungsquote 100,15 Prozent. Trotzdem kommt es an einzelnen Schulen, z. B. bedingt durch langfristige Erkrankungen und Mutterschutz, immer wieder zu Engpässen und auch Unterrichtsausfall. Die FDP in Krefeld und in der Landesregierung ist bestrebt, den Unterrichtsausfall so gering wie möglich zu halten und hat die Ausfallquote in den letzten drei Jahren – landesweit – schon verringern können. Auch in Zukunft wird diesem Thema von der FDP eine unverändert große Bedeutung beigemessen.

Kultur ist neben Bildung der wichtigste weiche Standortfaktor unserer Stadt.

1. Ein sogenannter Kulturentwicklungsplan, wie er von der Gewerkschaft Verdi ins Gespräch gebracht wurde, könnte der Krefelder Kulturpolitik eine langfristige Orientierung geben, z. B. mit folgenden Zielsetzungen
 - intensive Vernetzung mit dem Bildungsbereich z. B. durch Zusammenführung in einem Dezernat Kultur, Bildung, Jugend und Sport
 - Ausrichtung der Kulturarbeit auf die veränderte demographische „Landschaft“ (Kultur ab 65 gewinnt immer mehr an Bedeutung)
 - Ausrichtung der Kulturarbeit auf veränderte Schulzeiten (offener und gebundener Ganzttag)
 - Ausrichtung von Kulturarbeit auf Migranten und Ausländer als Chance kultureller Vielfalt
2. Musikschule: Konzentration auf den Standort Haus Sollbrüggen; stärkere Vernetzung mit dem Angebot der Schulen im offenen und gebundenen Ganzttag.
3. Konsequente Vermarktung überregional wahrgenommener Highlights:
 - Krefeld als Bauhaus-Standort mit insgesamt vier Mies van Rohe Bauten (eine Chance, die im Bauhausjahr 2009 trotz Antrag der FDP nicht wahrgenommen wurde).
 - Linn einschließlich des Textilmuseums, d. h. im Einzelnen: Renovierung und Instandsetzung von Jagdschloss und Zehntscheune, Bau einer modernen Kasse und eines Museumsshops verbunden mit einer neuen stadtgeschichtlichen Abteilung zur Darstellung der jüngeren Neuzeit; beim Textilmuseum Sanierung des Gebäudes und vor allem ein Umbau, damit die Dauerexponate endlich gezeigt werden können. Vordringlich ist die Sanierung des nicht wetterfesten Jagdschlusses. Dass im Rahmen des Konjunkturpaketes II – statt wie geplant 1,9 Millionen – nur insgesamt 750 Tausend Euro dem Museumszentrum Linn zur Verfügung gestellt werden, ist eine Fehlentscheidung von CDU und SPD im Krefelder Stadtrat (gegen die FDP), die im krassen Gegensatz zu Ankündigungen und Versprechungen von christ- und sozialdemokratischen Kultur- und Bezirksvertretungspolitikern steht. Diese Fehlentscheidung dokumentiert, dass die Mehrheit noch immer nicht den Stellenwert des Museumszentrums Linn in der Stadt und in der Region erkannt hat und zu würdigen weiß.
4. Gemeinschaftstheater Mönchengladbach-Krefeld: Konsequente Umsetzung des sogenannten Actori-Gutachtens, d. h. Gründung einer Theater gGmbH unter Beteiligung der Theaterfreunde in Krefeld und

Mönchengladbach als Gesellschafter mit Übertragung der Spielstätten auf die GmbH sowie einem flexiblen Haustarif.

5. Kaiser-Wilhelm-Museum: Überführung in eine Stiftung unter Beteiligung privater Stifter und Förderer bei Einbringung der Kunstwerke als disponibles Kapital (soweit es sich nicht um Leihgaben oder Schenkungen mit Auflagen handelt), Zurverfügungstellung der Museumsgebäude im Wege des Nießbrauches und mit einem fixierten städtischen Zuschuss.
6. Ein selbständiges Stadtarchiv unter neuer Leitung.
7. Zoo gGmbH: neues Kapital durch neue private Mitgesellschafter und Profilierung auch als Bildungseinrichtung.
8. Gemeinsame Vermarktung der Kulturangebote (KR als Dachmarke).
9. Umstrukturierung der kommunalen Kulturförderung in der Form, dass die städtischen Kulturinstitute durch die Stadt finanziert werden, so dass sich die Kulturstiftung der Sparkasse auf die Förderung der freien Kulturträger konzentriert.

VII.

Der Stadtplanung und Stadtentwicklung einschließlich der Verkehrsplanung muss eine umfassende Grundlage gegeben werden.

1. Stadtentwicklungsplan ist der Flächennutzungsplan einschließlich einer integrierten Gesamtverkehrsplanung.

Daraus resultiert die Forderung nach der Offenlage des Flächennutzungsplan-Entwurfes mit den Änderungen und Ergänzungen durch den Ausschuss für Stadtplanung und Stadtsanierung in 2007. Der Ausschuss für Stadtplanung und Stadtsanierung beschloss u. a. die Ostumgehung Fischeln nicht im Entwurf des Flächennutzungsplanes darzustellen, auf die Nord-West-Umgehung Fischeln zu verzichten und die Südanbindung des Hafens/Straße durch das Latumer Bruch weiterhin im Entwurf des Flächennutzungsplanes darzustellen.

2. Der Ausdehnung der städtischen Wohngebiete in der Fläche sind Grenzen zu setzen, aber in Form einer behutsamen, d. h. städtegestalterisch akzeptablen und stadtteiltypischen Verdichtung. Um zu verhindern, dass Quartiere „zu Tode parzelliert“ werden, sind Mindestgrößen für Grundstücke in den Bebauungsplänen festzusetzen. Öffentliche Parks und Grünanlagen sowie Plätze müssen strikt von einer Bebauung freigehalten werden. Denn: Krefeld lebt nicht nur von den grünen Außenbereichen, sondern auch von den zahlreichen privaten und öffentlichen „grünen Lungen“ innerhalb der im Zusammenhang bebauten Innenstadt und der anderen Stadtteile.
3. „Rheinblick“ bedeutet für Krefeld die Chance, sich als Rheinanlieger zu profilieren. Dem würde auch eine Hervorhebung der Vernetzung der Krefelder City mit dem Stadtteil Uerdingen über Rhein-, Uerdinger- und Alte Krefelder Straße dienen („Rheinallee“).
4. An der Forderung, die A 57 im ganzen Krefelder Stadtgebiet zu untertunneln, wird festgehalten. Die Möglichkeiten einer Finanzierung der Mehrkosten (gegenüber einer konventionellen Lösung) sind zu untersuchen (public private partnership bzw. die inzwischen erheblichen Einnahmen des Bundes aus der Maut).
5. In Bezug auf den Eisernen Rhein müssen sich die Bemühungen darauf konzentrieren, die Belastung der Bevölkerung durch Lärm und Erschütterungen durch eine tangentielle Führung im Süden und im Osten der Stadt zu reduzieren.
6. Der Bau der B 9 N von der Hückelsmay auf der verabredeten Trasse zwischen Krefeld und St. Tönis auf die B 9 (Venloer Straße) mit Verknüpfung zur Nordtangente (ohne Durchschneidung des Hülser Bruchs) ist zu fördern. Die Gelände der Unternehmen Siempelkamp,

Schmolz und Bickenbach sowie Schulz müssen zügig eine Anbindung an die B 9 erhalten, um die Anwohner zu entlasten. Der B-Plan muss noch in diesem Jahr vorgelegt werden, damit in 2011 gebaut werden kann.

7. Höchste Priorität hat der Ausbau der B 288 (ab A 57) zu einer vierspurigen Autobahn, mit einer neuen Rheinbrücke in Uerdingen neben der bereits vorhandenen Brücke, allerdings ohne Reduzierung der Anschlussstellen im Krefelder Bereich, und mit modernem Lärmschutz.
8. Die Option einer Südanbindung des Krefelder Hafens muss erhalten bleiben.
9. Der Ausbau der Bremer Straße zur Entlastung des Bockumer Ortskerns vom Schwerlastverkehr (zum Bockumer Gewerbegebiet) ist unverzichtbar.
10. Die Entlastung der Kölner Straße im Ortskern von Fischeln vom Schwerlastdurchgangsverkehr durch Verlegung der B 9 und Aufwertung des Fischelner Zentrums mittels einer entsprechenden Straßengestaltung sind zu forcieren.
11. Keine weitere Rückführung des Vorbehaltsstraßennetzes durch Einrichtung von Tempo 30-Zonen, aber Temporeduzierung vor Schulen, Kindergärten, Altenheimen etc., sog. Tempo-Strecke. „Bestes“ Beispiel für eine Fehlentscheidung: Vulkanstr. zwischen Kölner Str. u. Mühlenfeld. Hier befinden sich weder Kindergärten noch Schulen, ein sehr gut ausgebauter aber wenig befahrener Straßenabschnitt, der aber als 30iger Strecke eingestuft wurde. Doch, wo eine 30iger Strecke sinnvoll wäre, nämlich zwischen Mühlenfeld und Oberschlesienstr., die längst nicht so gut ausgebaut ist und an der sich Kindergärten und Schulen befinden, fehlt diese.
12. Konsequenter Ausbau des Radwegenetzes und keine Umwidmung von Radwegen z. B. in Pkw-Parkplätze
13. Das Zentrenkonzept muss wirklich die Zentren vor Ort fördern. Dies gilt gerade für Stadtteile wie Traar, wo das natürliche Zentrum dort ist, wo sich Kirche, Sparkasse etc. bereits befinden.

VIII.

Ohne eine Revitalisierung der City wird die Krefelder Stadtentwicklung insgesamt Schiffbruch erleiden

1. Für die City brauchen wir keine weiteren Planungen, auch keinen neuen Masterplan, sondern eine konsequente Umsetzung des Entwicklungskonzeptes „Stadtumbau West“. Dazu gehört die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel in den kommenden Haushalten und die Gründung einer Quartiersentwicklungsgesellschaft (siehe oben). Die City ist die Visitenkarte der Stadt. Um das Wohnen in der Innenstadt sowohl für junge Familien als auch für Senioren attraktiv zu gestalten, ist das Zusammenleben der Generationen, z. B. in Mehrgenerationenhäusern und –wohnanlagen, zu fördern. Es besteht Sanierungsbedarf an vielen Gebäuden aber auch im Wohnumfeld. Baulückenerschließungen, Aufstockungen oder Blockergänzungen sind dringend notwendig. Neue Häuser und Fassaden müssen interessant gestaltet werden. Die City muss auch und gerade für die dort wohnenden Jüngeren mit dem Pkw erreichbar sein. Zum Parken müssen Quartiers- und Tiefgaragen zur Verfügung stehen. Dies alles wird es wegen der Sozial- und Eigentümerstruktur in der Innenstadt nicht allein durch die Förderung privater Initiativen und mit privatem Kapital gehen. Eine verschlankte Wohnstätte sollte deshalb in der City ihr Hauptbetätigungsfeld sehen (und die Wohnbauförderung in den anderen Stadtteilen privaten Wohnbaugesellschaften überlassen). Die Innenstadt muss durch weitere Baumpflanzungen begrünt werden. Der City-Abschnitt der Neusser Straße zwischen Südwahl und Hansazentrum muss planerisch neu konzeptioniert werden. Die Passage zwischen dem Ostwall und dem Behnisch-Bau muss realisiert werden. Die FDP begrüßt die dortige Ansiedlung einer Markthalle und fordert ein zügiges B-Planverfahren.
2. Die Stadtbezirksgrenzen sind so zu ändern, dass eine Bezirksvertretung, nämlich Krefeld-Mitte, für das Gebiet von Stadtausbau West zuständig ist (statt jetzt drei Bezirksvertretungen).
3. Auch unter Sicherheitsaspekten ist das Lichtkonzept Innenstadt zu realisieren. Insbesondere die die Stadt Krefeld insgesamt prägenden Wälle sind durch das Lichtkonzept hervorzuheben.
4. Für den in Krefeld ansässigen Einzelhandel ist eine Geschäftslagenprofilierung förderlich, d. h. Verdichtung statt Ausdehnung. Individuelle Geschäftslagenprofile müssen gefördert und die Geschäftslagen vernetzt werden. Vorbehaltlich dessen würde ein Shopping-Center in der Innenstadt auch dem innerstädtischen Einzelhandel im Sinne einer Kundenbindung dienlich sein.

In diesem Zusammenhang begrüßt die FDP nicht nur die Forderung der IHK Mittlerer Niederrhein in ihrem Strategiepapier „Quo vadis Einzelhandel?“, sondern macht sich diese Forderungen zu eigen und erwartet eine praktische Umsetzung in Politik, Verwaltung, Bürgerschaft, aber auch im Einzelhandel selber:

- Zentrale Lagen festlegen!
- Innentadtrelevante Waren in die City!
- Einkaufszentren (in der Nachfolge klassischer Kaufhäuser z. B. Horten am Ostwall) in die Stadtmitte! Denn: innerstädtische Einkaufszentren beleben die City, wenn ihre Sortimente den Einzelhandel nicht ersetzen, sondern ergänzen.
- Nutzungsvielfalt bewahren (Handel und Gastronomie und Dienstleistung in der City)!
- Bestehende Konzepte („Stadtumbau West“) in Planungsrecht umsetzen!
- Die City muss erreichbar bleiben! Umweltzonen und Parkgebühren dürfen nicht abschrecken.
- Private Initiativen unterstützen! Immobilieneigentümer sind Partner.
- Profil schärfen (z. B. durch Straßenmodenschau und Krefelder Samstage)!

Von letzt-entscheidender Bedeutung für den Einzelhandel in der Krefelder City ist aber, dass durch mehr und gut bezahlte Arbeitsplätze das durchschnittliche Einkommen pro Einwohner erhöht wird und damit auch die Kaufkraft der Krefelder steigt. Diese ist z. Zt. unterdurchschnittlich. Während in 2007 jeder Einwohner in Krefeld ein durchschnittliches Einkommen von 18.592 Euro hatte (Arbeitslohn und Einkommen aus selbständiger Arbeit und Vermögen abzüglich Steuern und Sozialabgaben und zuzüglich Sozialleistungen), waren dies in NRW 19.290 Euro durchschnittlich, in Meerbusch 31.050 Euro, in Neuss 22.535 Euro, in Düsseldorf 22.055 Euro, in Kempen 21.482 Euro, in Tönisvorst 20.474 Euro, in Willich 19.915 Euro, in Mönchengladbach 19.606 Euro, z. B. jeder 7. Krefelder zwischen 15 und 64 Jahren lebt von Hartz IV (20.200 Personen).

IX.

Ohne eine aktive Regionalpolitik verliert Krefeld weiter
als Oberzentrum in der Region und im Land

1. Krefeld muss sich als Bestandteil eines Großraums Rhein-Ruhr verstehen und positionieren. Denn Krefeld grenzt an den Großraum Düsseldorf und an das Ruhrgebiet, nämlich Duisburg, an (Krefeld als Scharnier).
2. Krefeld muss sich als Rheinanlieger verstehen und positionieren, um in der „Liga“ der Rheinanlieger (Bonn, Köln, Düsseldorf, Duisburg) „mitzuspielen“.
3. Krefeld muss als enger Nachbar der Landeshauptstadt Düsseldorf seine Verbindungen dorthin intensivieren. Nach dem Bau der A 44, von der Krefeld außerordentlich profitiert hat, müssen deswegen die Schienenverbindungen zwischen Krefeld und Düsseldorf, insbesondere zu dortigen Messe und Flughafen intensiviert werden, z. B. durch eine Fortführung einer U 81 mittels einer neuen Brücke nach Krefeld, aber auch die Wahrnehmung der Option einer S-Bahnverbindung von Krefeld nach Düsseldorf.
4. Anliegen wie die Vernetzung Krefelds mit der Düsseldorfer Messe und dem Flughafen und ein unterkommunales Gewerbegebiet können nur im Wege einer aktiven Regionalpolitik verfolgt werden. Diese aktive Regionalpolitik muss der Oberbürgermeister zur Chefsache machen. Er darf sich nicht mit der gelegentlichen Wahrnehmung von Sitzungen des Regionalrates und gelegentlichen Gesprächen mit den (Ober)Bürgermeistern anderer Städte und Gemeinden begnügen.

X.

Krefeld braucht eine konsequente Umsetzung des KR-Marketing-Konzepts 2015, insbesondere seiner zentralen Botschaften.

1. Diese Botschaften sind:

- Eine positive Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Krefeld ist Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit in allen anderen Bereichen.
- Die Innenstadt muss in den nächsten Jahren bei der Stadtentwicklung die erste Priorität haben.
- Der bewerte Slogan „Eine Stadt wie Samt und Seide“ ist von seinem engen Bezug zur Textilindustrie zu lösen und neu zu interpretieren. Diesbezüglich ist eine neue Werbekampagne erforderlich.

2. Diese Botschaften sind dahingehend zu ergänzen, dass sich Krefeld als Bestandteil des Großraumes Rhein-Ruhr, als Rheinanlieger und enger Nachbar der Landeshauptstadt Düsseldorf positionieren muss („Krefeld eine Stadt wie Samt und Seide am Rhein“).

3. Bei den Veranstaltungen, mit denen Krefeld in der Region und im Land für sich wirbt, muss mehr auf Qualität und Originalität statt auf Masse und Beliebtheit gesetzt werden. Zu fördern sind deshalb Krefeld-typische Veranstaltungen auch und gerade in den Stadtteilen wie z. B. der Bottermarkt, der Pottbäckermarkt, der Geranienmarkt, der Flachsmarkt, der Bauernmarkt, die Sprödentalkirmes, der Uerdinger Nikolausmarkt und der Uerdinger Fischmarkt.

XI.

Kommunale Integrationspolitik ist vor allem proaktive Bildungspolitik im Bereich der Ausländer, Zuwanderer und der Deutscher mit Migrationshintergrund

1. Grundlage der kommunalen Integrationspolitik ist das Programm „Liberale Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen“ des FDP Landesvorstandes, eingebracht auf dem Landesparteitag am 25. April 2009 in Bielefeld.
2. Weitere Grundlage ist die Auswertung der für den Bildungsbereich relevanten Daten des ersten Integrationsberichts der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Krefeld, der im Ausschuss für die Schule und Weiterbildung des Stadtrats am 15.11.2008 beraten wurde.
3. Auf der Grundlage dessen ist ein Integrationsleitbild für Krefeld zu erarbeiten, das wie in anderen Städten Grundlage für das Handeln der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik in bestimmten Feldern sein könnte. Solche Handlungsfelder sind:
 - Interkulturelle Öffnung
 - Wirtschaft und Arbeit
 - Bildung, Erziehung und Sprache
 - Partizipation/Teilhabe

Dabei nimmt der Bereich Bildung, Erziehung und Sprache für die FDP eine herausragende Bedeutung ein. Die Auswertung des ersten Integrationsberichtes der Landesregierung Nordrhein-Westfalen bilanziert die Ergebnisse der bisherigen Krefelder Infrastrukturpolitik. Während in 2006/2007 z. B. in NRW 14,8 % der ausländischen Schüler ohne Hauptschulabschluss sind, sind dies in Krefeld nur 7,5 %. Während in NRW nur 10,9 % der Schüler die Hochschulreife erreichen, sind dies in Krefeld 13,6 %. Bei der in Krefeld größten Ausländergruppe, den Türken, schlossen in 2007 in Krefeld 9,2 % ohne Schulabschluss ab (NRW 10,1 %), mit Hochschulabschluss in Krefeld 44,6 % (NRW 39,9 %).

Institutionelle Träger der Bildungs- und Sprachvermittlung im Sinne einer proaktiven Integrationspolitik werden in Krefeld zunehmend weiterführende Schulen wie das Fichte-Gymnasium und das Schulzentrum Horkesgath im gebundenen Ganztagsbetrieb sein, aber auch die Volkshochschule im Rahmen ihrer Erwachsenenbildung. Im „Vorfeld“ der Schule ist im Sinne einer proaktiven Integrationspolitik die Sprachvermittlung bereits in den Kindergärten zu intensivieren.

4. Weitere Best-Practice-Beispiele, auf die bei der Erarbeitung einer Integrationsleitbildes für Krefeld zurückgegriffen werden könnte, sind in

dem Handbuch der Bertelsmann-Stiftung für die kommunale Integration zusammengestellt.

5. In Bezug auf die Förderung der politischen Partizipation von Migranten sind die Änderungen gegenüber der bisherigen Regelung in § 27 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen zu begrüßen.

Dazu wird, um einerseits die Zusammenarbeit zwischen Rat und Migranten zu intensivieren und andererseits Minderheiten unter denen in Krefeld lebenden Ausländern Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben, von der FDP ein Integrationsausschuss (statt des jetzigen Ausländerbeirates und des nach der Gesetzänderung möglichen Integrationsbeirates) befürwortet. In diesem Integrationsausschuss müssen sich alle in Krefeld lebenden Migranten „wieder finden“, was bei der Zusammensetzung des jetzigen Ausländerbeirates leider nicht gegeben ist.

Mitglieder des spätestens 16 Wochen nach dem Beginn der Ratswahlzeit zu wählenden Integrationsausschusses sind die in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählten Vertreter der ausländischen Einwohner und die vom Rat bestellten Mitglieder, die die Mehrheit haben. Wahlberechtigt sind Ausländer und Deutsche, die diese Staatsangehörigkeit frühestens fünf Jahre vor dem Tag der Wahl erhalten haben. Im Integrationsausschuss, der den anderen Ratsausschüssen gleichgestellt ist, haben alle Mitglieder die gleichen Rechte. Er ist aber nur beschlussfähig, wenn die Zahl der Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden anderen stimmberechtigten Mitglieder übersteigt.

6. Kommunale Integrationspolitik ist keine Einbahnstraße. Sie bedarf der aktiven Mitarbeit aller Beteiligten, also auch der Migranten, und zwar auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. „Parallelgesellschaften“, die diese Grundordnung negieren, werden gerade von Liberalen nicht geduldet. Nicht die „Gleichmacherer“ und auch nicht eine „Leitkultur“, sehr wohl aber ein „Verfassungspatriotismus“ aller in Krefeld lebender Bürger ist die Grundlage für eine erfolgreiche kommunale Integrationspolitik.

XII.

Kommunale Umweltpolitik muss den Menschen dienen und darf sich nicht aktionistischen Symbolhandlungen erschöpfen.

1. Zielsetzung städtischer Umweltpolitik kann nur sein, die Lebensbedingungen der in Krefeld lebenden, d. h. wohnenden und arbeitenden Menschen zu verbessern. Umweltpolitik muss den Menschen dienen, nicht der Mensch der Umweltpolitik.
2. Dementsprechend sind die Untertunnelung der A 57 im Krefelder Stadtgebiet und eine möglichst tangentielle Führung des Eisernen Rheins im Krefelder Stadtgebiet diejenigen Maßnahmen, die sowohl den Menschen als auch der Umwelt in Krefeld am meisten dienen.
3. In diesem Sinne ist auch die Zielsetzung zu verstehen, dass Krefeld eine Stadt im Grünen, aber auch des innerstädtischen Grüns bleibt.
4. In Bezug auf Luftreinhalteplan und Umweltzonen sind die 10 Eckpunkte der FDP-Landtagsfraktion (Beschluss der FDP-Landestagsfraktion vom 22.01.2008) Grundlage für die politische Begleitung des Luftreinhalteplans für das Stadtgebiet Krefeld und daraus abzuleitender Maßnahmen.

Dementsprechend ist Ziel eine weitere Senkung der Gesamtstaubbelastung, insbesondere der Feinstaubbelastung, um gesundheitliche Risiken weitgehend zu reduzieren. Die Sorgen der Menschen werden ernst genommen. Angesichts der Erfolge in der Luftreinhaltung besteht jedoch kein Anlass zu Panik und blindem Aktionismus. Eine wirksame Bekämpfung des Feinstaubes muss daher alle relevanten Quellen erfassen. Dem Bundesimmissionsschutzgesetz zu Folge sind die Verursacher entsprechend ihrem Anteil zur Minderung heranzuziehen.

Es ist deshalb nicht sachgerecht, die Diskussion über die Einhaltung von Grenzwerten bei der Luftreinhaltung auf die Autoabgase zu fokussieren, zu mal schon 2010 der Anteil des Abriebs (Straße, Bremsen, Reifen) größer sein wird, als die verbrennungsbedingten Immissionen. Umweltzonen und Fahrverbote können das Problem nicht allein lösen. Erforderlich ist vielmehr ein gezieltes und effizientes Handeln im Rahmen einer umfassenden Luftreinhalteplanung. Dabei kommt der öffentlichen Hand eine Vorbildfunktion zu. Insbesondere in den Bereichen öffentlicher Wohnungsbestand (Gebäudeheizung) und Fahrzeugflotte. Die Anstrengung der Stadt und ihrer Gesellschaften müssen gegenüber den Bürgern transparent gemacht werden.

Die FDP begrüßt, dass noch bis Mitte 2010 Gelegenheit ist, für Krefeld einen ausgewogenen, realitätsbezogenen und zielorientierten

Luftreinhalteplan zu erarbeiten. Gründlichkeit und Ausgewogenheit der Maßnahmen sind wichtiger als hektischer – grüner - Aktionismus.

XIII.

Kommunalpolitik für Ältere ist zukunftsorientiert.

1. Grundlage ist das Programm der Liberalen Senioren Landesverband Nordrhein-Westfalen für die Kommunalwahl Nordrhein-Westfalen 2009 „Lebenswerte Städte und Gemeinden für Ältere“ (www.liberalesenioren-nrw.de).
2. In Krefeld ist für Politik und Verwaltung ein Demographie-Workshop durchzuführen, wie er in anderen Kommunen zur Sensibilisierung von Bürgerschaft, Verwaltung und Politik und Umorientierung in allen kommunalpolitischen Feldern beigetragen hat.
3. Die Arbeit des städtischen Seniorenbeirats ist dahingehend zu ändern, dass seine Mitglieder von sich aus vermehrt Anregungen und Vorschläge für eine proaktive kommunale Seniorenpolitik in Krefeld machen. Darüber hinaus muss in allen städtischen Gremien und Ausschüssen, die über Beraterbänke verfügen, den Vertretern der Krefelder Senioren Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben werden. Ziel ist es, den Aktivitäten und Empfehlungen des Seniorenbeirates mehr Beachtung und Unterstützung in der praktischen Politik zu verschaffen.

XIV.

Kommunale Sicherheit gewährleisten ist liberal!

1. Grundlage ist der Beschluss des Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen vom 08.11.2008 zur Gewährleistung der Sicherheit im kommunalen Bereich.
2. Dementsprechend kommt auch in Krefeld eine optisch-elektronische Überwachung nur in Betracht, wenn die im Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen bzw. Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen genannten Voraussetzungen gegeben sind. Im Zweifel haben die Krefelder Bürger auch in öffentlich zugänglichen Bereichen das Recht auf eine Privatsphäre, das zu wahren und schützen Anliegen der FDP als Bürgerrechtspartei ist.
3. Eine proaktive Integrationspolitik beugt auch der Entstehung von Parallelgesellschaften mit den Möglichkeiten einer speziellen Kriminalität vor.
4. Ausgeleuchtete Bereiche insbesondere in der Innenstadt dienen auch der Sicherheit bzw. dem Sicherheitsgefühl.
5. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Verwaltung, Politik und Bürgern muss in kriminalpräventiver Hinsicht intensiviert werden. Denn hier liegen die größten Potentiale eines institutionalisierten Informationsaustausches zwischen Bürgerschaft, Verwaltung, Politik und Polizei.

XV.

Das Engagement für den Schul- und Breitensport steht im Vordergrund

1. Grundlage ist der Beschluss des Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 08.11.2008 zur Sportförderung.
2. Wegen der vielfältigen Erfolge von Krefelder Sportlern und einer überdurchschnittlich aktiven Vereinsarbeit ist Krefeld eine exponierte Sportstadt, wirbt aber damit nicht und wird dementsprechend auch nicht wahrgenommen. Thema des Stadtmarketings muss deshalb auch der Sport werden.
3. Im Hinblick auf die demographische Entwicklung, aber auch die immer geringer werdenden finanziellen Ressourcen müssen sich Stadt und Stadtsportbund darauf konzentrieren, die Vereinsarbeit in folgenden Bereichen vor allem zu unterstützen
 - Professionalisierung des Managements der Vereine
 - Fusionen von Vereinen, die sich ergänzen bzw. alleine nicht „überleben“ können, z. B. im Schwimm- aber auch im Fußballbereich
4. Sowohl die direkte als auch die indirekte kommunale Sportförderung sollte ausschließlich den Breiten- und Schulsport zum Gegenstand zu haben.

XVI.

Kommunale Wirtschaftsförderung und Bildungspolitik
sind die beste Basis für eine erfolgreiche Sozialpolitik und Jugendhilfe
in unserer Stadt

1. Krefeld ist eine Stadt mit einem hohen sozialen und jugendpolitischen Engagement von Bürgerschaft, Verwaltung und Politik. Ohne das Engagement freier Träger, dabei insbesondere der kirchlichen, wäre das jetzige „Sozialnetz“ in Krefeld nicht denkbar.
2. Dementsprechend ist die Sozial- und Jugendarbeit der freien Träger städtischerseits zu unterstützen. Sie sollte aber auch im Sinne einer Schwerpunktbildung bei der Wahrnehmung der einzelnen Aufgaben koordiniert werden. Statt einer Vielzahl von freien Trägern in den verschiedenen Aufgabenbereichen und Handlungsfeldern (jeweils mit entsprechenden kostenträchtigen Verwaltungsstrukturen) sollte durch Zusammenarbeit und Zusammenschlüsse die Arbeit der freien Träger kostengünstiger und professioneller gestaltet werden. Solche Entwicklungen muss die Stadt gezielt fördern und lenken.
3. Die beste kommunale Kinder- und Jugendpolitik agiert präventiv und nicht reaktiv. Deshalb muss die Förderung vor allem der Sprach- und Bildungskompetenz in den Kindergärten verstärkt und die Arbeit der Familienzentren durch eine bessere personelle und sächliche Auswahl verbessert werden.
4. Bis zum 1. August 2010 sollen 900 Kindertagesplätze und 300 Kindertagespflegeplätze in Krefeld für Kinder unter 3 Jahren zur Verfügung stehen. Bis 2013 sollen 700 Kita-Plätze und 100 KTP-Plätze hinzukommen. Dies bedeutet für die Stadt einen Mehrbedarf von 210 Stellen zuzüglich Praktikanten/innen und 5,7 Millionen Euro jährlich, den Umbau von 40 städtischen Gebäuden, 2 Ersatzbauten (70 neue Gruppen). Die FDP wird dafür sorgen, dass in den Haushalten 2010 ff. die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen.
5. Genauso wie die Kita und KTP-Plätze für unter 3-Jährige fördern die Familienzentren die Nachwuchsförderung so früh wie möglich und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem für Frauen, insbesondere für alleinerziehende Mütter. Drei Jahre nach der landesweiten Einführung sind in Krefeld 18 Familienzentren errichtet. Die FDP drängt darauf, dass bis 2012 insgesamt 35 Familienzentren in Krefeld bestehen, in denen gekoppelt an Tagesstätten ein breites Angebot für die Kinder und Eltern erfolgt (Familien- und Erziehungsberatung, Kompetenzkurse, Eltern-Kind-Gruppen, Lese- und Sprachförderung, Sport-, Bewegungs- und Freizeitaktivitäten, Gesundheits- und Ernährungskurse). Die Krefelder FDP erwartet, dass die Förderung der

Familienzentren in den nächsten Jahren deutlich verbessert wird (z. Zt. 12 Tausend Euro p. a. pro Familienzentrum).

6. Die beste kommunale Sozialpolitik ist eine kommunale Wirtschaftsförderung, die dazu beiträgt, dass Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen werden können, sowie eine kommunale Bildungspolitik, die dazu beiträgt, sich mit qualifizierten Abschlüssen auf dem Arbeitsmarkt zu bewerben und zu behaupten.